



*Transatlantische Impulse im Wahljahr für den 21. Bundestag*

---

Die American Chamber of Commerce in Germany (AmCham Germany) ist die Stimme der transatlantischen Wirtschaft – ein Zusammenschluss von großen, mittelständischen und kleinen Unternehmen sowie Privatpersonen, die in Deutschland, Europa oder den USA ansässig und im transatlantischen Wirtschaftsraum aktiv sind und die transatlantischen Beziehungen fördern. Transatlantisch tätige Unternehmen beschäftigen in beiden Wirtschaftsräumen rund 1,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

AmCham Germany setzt sich für einen transparenten Dialog ein und bekennt sich zu den transatlantischen Werten. Freiheit und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie freier Handel und Wettbewerb sind dafür von zentraler Bedeutung.

Satzungsgemäßer Zweck der Kammer ist die Förderung der globalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die auf dem starken Fundament der amerikanisch-deutschen Partnerschaft stehen. Diese Partnerschaft beruht auf historisch gewachsenen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtungen und gemeinsamen Interessen unserer beiden Länder. AmCham Germany unterstützt zu diesem Zweck das interkulturelle Verständnis, die internationale Zusammenarbeit und neue Investitionen für einen freien Handel und in einem wettbewerbsfähigen wie offenen Wirtschaftsklima in Deutschland.

Die Werte und Interessen von AmCham Germany und ihren Mitgliedsunternehmen im Rahmen der langen transatlantischen Partnerschaft sind direkt wie indirekt betroffen, wenn in Deutschland erstarkende populistische und teilweise extremistische Stakeholder gegen diese in der Satzung von AmCham Germany verankerten Werte und Ziele agieren. Forderungen etwa nach dem Austritt Deutschlands aus der EU, ihrer Gemeinschaftswährung oder ihrem Binnenmarkt oder nach Einschränkungen für die Einwanderung ausländischer Fachkräfte sind nicht im Interesse der transatlantisch aktiven Unternehmen in Deutschland.

Die Grundsätze von AmCham Germany setzen den Rahmen für wirtschaftspolitische Aktivitäten wie das vorliegende Positionspapier anlässlich der vorgezogenen Bundestagswahlen 2025, adressiert an die Mitglieder des 21. Bundestags und an die zukünftige Bundesregierung.

---

Das Ende der Ampelkoalition am 6. November 2024 war historisch. Das wird auch für den Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahlen am 23. Februar 2025 gelten. Die Umbruchsituation der Bundesrepublik Deutschland wird über die Wahl zum 21. Bundestag hinaus durch eine Vielzahl verschiedener geopolitischer Prozesse und Ereignisse geprägt. Deren Ausmaß, Eigendynamik und gegenseitige Beeinflussung kann niemand belastbar prognostizieren. Zu den für Deutschland einflussreichsten Faktoren gehören:

- die strategischen Ziele und taktischen Aktivitäten der neuen US-Administration in faktisch allen Politikfeldern,
- die Arbeit des 2024 neugewählten EU-Parlaments und der neuen EU-Kommission sowie die Fähigkeit der EU-Mitgliedsstaaten, die Einheit und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten und bestenfalls zu stärken,
- die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen in wichtigen Partnerländern wie Frankreich, Großbritannien, Kanada, Österreich und Polen,
- das Schicksal der Ukraine in dem nun fast drei Jahre dauernden Verteidigungskrieg gegen Russland und ihre effektive Unterstützung durch die freiheitlichen Demokratien,
- die Reaktionen der Volksrepublik China auf all diese Entwicklungen.

Die American Chamber of Commerce in Germany hat im vergangenen Juni mit dem Positionspapier [RESTART für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. Wirtschaftspolitische Impulse für Wagemut, Wachstum und Wohlstand im Kontext der transatlantischen Partnerschaft](#) hervorgehoben, dass Deutschland für eine schnelle und deutliche Verbesserung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit die wirksamsten, nachhaltigsten sowie effizientesten Schritte selbst unternehmen kann und muss. Das gilt ebenso für die Wettbewerbsfähigkeit der EU nach innen wie nach außen. Der Druck dieser Notwendigkeiten hat sich inzwischen weiter erhöht.

Die transatlantische Partnerschaft wird im Ergebnis der Wahlen in der EU und in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr sowie nach der Bundestagswahl 2025 immer wieder vor komplexe Bewährungsproben gestellt werden. Gemeinsame Werte und Ziele vereinen die Partnerländer, während der Fokus auf innere Herausforderungen durch die Durchsetzung von Interessen nach außen beeinflusst.

Dabei werden bewährte marktwirtschaftliche Mechanismen und die internationale Vernetzung von Wirtschaft, Forschung, Gesellschaft etc. zunehmend durch Politikfelder jenseits der Wirtschaftspolitik bestimmt und teilweise sogar eingeschränkt. Sollte diese Entwicklung sich verstärken, kann sie die transatlantische Partnerschaft schwächen. Eine auf gemeinsamen Werten und Interessen basierende Wirtschafts- und Handelspolitik muss das Ziel aller Partner sein – nicht nur wegen der enormen Bedeutung für Wohlstand, Arbeitsplätze und Entwicklung aller. Dafür kann es notwendig sein, dass die Partnerländer stärker tolerieren, dass gemeinsame Werte und Ziele auch über unterschiedliche Wege erreicht werden können. Wirtschaftskulturelle Unterschiede der Partner kann niemand wegdiskutieren und sollte niemand ignorieren.

Auch in Ländern mit einer freiheitlichen Grundordnung stehen Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns auf dem Prüfstand. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine Ausnahme. Alle demokratischen Parteien müssen die langfristige Handlungsfähigkeit demokratischer Strukturen über den kurzfristigen Erfolg im politischen Wettbewerb stellen, um deren Grundlagen zu stabilisieren und erfolgreich weiterzuentwickeln.

---

Um in den geopolitischen Auseinandersetzungen und internationalen Interessenskonflikten ihre Relevanz und ihr Gewicht zu erhalten und wieder auszubauen, müssen Deutschland und die EU – neben der Einheit der Europäischen Union – vor allem ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Die [Forderungen von AmCham Germany nach einem entsprechenden RESTART in ihrem wirtschafts-politischen Positionspapier vom Juni 2024](#) sind jetzt noch drängender als damals.

In vielen Bereichen der Gesellschaft werden strukturelle Reformen seit Jahren gefordert. Doch die bisherigen Fortschritte sind weder im Umfang und noch im Tempo angemessen. Verzögerungen und Versäumnisse hängen oft mit der Dauer politischer sowie verwaltungstechnischer Entscheidungen zusammen. Notwendig ist eine Entbürokratisierung, die in der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Breite deutlich sicht- und messbar ist. Dazu gehören z.B. die massive Reduzierung des Aufwands durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und die Nachhaltigkeitsberichterstattung durch EU-Regulierungen, die entschlossene Verwaltungsmodernisierung sowie die zügige Anerkennung von Qualifikationen und Bildungsabschlüssen ausländischer Fachkräfte.

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wird stark von der Energieversorgung beeinflusst, die weit entfernt ist von international wettbewerbsfähigen Preisen auf einer breiten technologischen Basis. Um die beginnende De-Industrialisierung Deutschlands umzukehren, müssen z.B. die Verbrauchskosten für Strom und Gas in Deutschland zeitnah wettbewerbsrelevant sinken. Für die industrielle Basis des Wohlstands in Deutschland und eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung ist es zwingend erforderlich, alle Potentiale der kurz-, mittel- und langfristigen Kostensenkung zu nutzen.

In der globalen systemischen Auseinandersetzung wird die strategische Bedeutung von Standards und Normen immer deutlicher. Für seine Wettbewerbsfähigkeit muss Deutschland daher gerade die Zahl jener Innovationen erhöhen, die die Standards der Zukunft setzen. Dabei sollte noch mehr als bisher die Katalysator-Wirkung transatlantischer Kooperationen genutzt werden. Das können Reformen des Steuersystems in Deutschland wirksam flankieren: Die Steuern müssen sich am internationalen Wettbewerb orientieren und daran messen lassen, ob sie Innovationen und Investitionen fördern oder nicht. Die Steuerbürokratie in Deutschland ist nicht nur in diesem Zusammenhang stark zu reduzieren.

Die Exportnation Deutschland sollte sich weiterhin für ein offenes, regelbasiertes multilaterales Handelssystem einsetzen, und die EU muss den Abschluss sowie die Umsetzung entsprechendnd beictTw{01 Twslee{

---

---

Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wird durch Allianzen auf Basis von gemeinsamen Werten,

Vorhaben, digitale Investitionen und die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit der EU nicht behindert. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu verbessern, sollte die Verfügbarkeit fortschrittlicher Technologien, auch aus den USA, erhöht werden. Es darf dabei wirtschafts-, industrie- und technologiepolitisch keine Äquidistanz geben mit Blick auf die Vereinigten Staaten und China. Deutsche Unternehmen sind in Partnerschaften mit amerikanischen Firmen und durch ihre eigene Präsenz in Amerika seit Jahrzehnten international stark.

Die Zukunft des EU-US-Handels- und Technologierats (TTC) ist ungewiss. Doch ein vergleichbar hochrangiges Gremium sollte auf den positiven Ergebnissen des TTC aufbauen, Möglichkeiten der Optimierung nutzen und stärker auf konkrete Ergebnisse hinwirken, gerade im transatlantischen Handel. Effektivere Kanäle für den transparenten Austausch mit der Wirtschaft würden die Umsetzung gemeinsamer Prioritäten wirksam unterstützen.

